Frieden um jeden Preis : die ersten Monate des algerischen Ministerpräsidenten Bouteflika

Autor(en): **Spanik, Stefan W.D.**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **165 (1999)**

Heft 12

PDF erstellt am: **19.03.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-66058

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Frieden um jeden Preis

Die ersten Monate des algerischen Ministerpräsidenten Bouteflika

Stefan W. D. Spanik

In Algerien gab es wohl 1999 das grösste politische Medienereignis, als am 13. April, genau zwei Tage vor den Präsidentschaftswahlen, sechs der sieben Präsidentschaftsanwärter ihre Kandidatur zurückzogen. Vom 11. bis 13. April hatten sich fünf Präsidentschaftskandidaten und der Vertreter eines sechsten, die sich neben dem von der Militärspitze favorisierten Abdelaziz Bouteflika um das Regierungsamt beworben hatten, in einem Vorort von Algier zu einer politischen Strategiediskussion zusammengefunden.



Stefan W. D. Spanik,
Dr. phil.,
Mozartstrasse 4,
69254 Malsch-Heidelberg,
Bundesrepublik Deutschland.

Der «Paukenschlag» am Ende dieses Meetings bestand darin, dass sie überraschend ihre Kandidatur zu den Präsidentschaftswahlen zurückzogen. Als Hauptgrund wurde der amtierenden Militärregierung systematische Vorbereitung zum Wahlbetrug vorgeworfen. In den algerischen Medien wurde diese Entscheidung der politisch führenden Köpfe des Landes als eine neuerliche Bankrotterklärung des gesamten politischen Systems herausgestellt und von der Öffentlichkeit so auch wahrgenommen. Das Ausland sah in diesem Rückzieher zuerst einmal erneut ein Zeichen für die Fortschreitung von Gewalt und Anarchie, ja womöglich den Beginn eines offenen Bürgerkrieges. Unabhängig vom Rückzug als Präsidentschaftskandidaten erklärten die sechs Politiker nahezu einstimmig, dass sie das Wahlergebnis, das heisst den zu erwartenden Sieg des dem Militär wie der FIS/«Islamischen Heilsfront» nicht unangenehmen Kandidaten Bouteflika, nicht akzeptieren wollten. Natürlich sah auch die westlich orientierte starke Oberschicht der Städte und Industriegebiete des Landes im Scheitern der Wahl und dem Wahlboykott der Präsidentschaftswahl durch die politisch führenden Köpfe eine neuerliche Flut der Gewalt auf das Land zukommen. Die gebildeten Kreise Algeriens sahen in diesen Vorgängen aber noch mehr, nämlich ein abgekartetes Spiel um den Erhalt und die Fortschreibung der Macht der bisherigen Entscheidungsträger.

Durchsichtige Machenschaften

Nicht nur zynisch eingestellte Bürger und Wähler, sondern auch kritische ausländische Beobachter werden bemerkt haben, dass die sieben Kandidaten mit dem uncharismatischen Bouteflika an der Spitze mehr oder weniger eine Crew handverlesener Entscheidungsträger der Regierung Zerouals, der «Islamischen Heilsfront»/FIS oder des Militärs waren. Bei genauer Hinsicht kann man noch leicht die «Dienstgrade» und die jeweiligen Stufen der Macht aller Kandidaten erkennen, die sie vor dem Wahlgetöse innerhalb des alten Machtapparates inne gehabt hatten. Eine halbherzige und unorganisierte Demonstration, die am 16. April von den algerischen Sozialisten, genau ein Tag nach der Wahlfarce ausgerufen worden war, wurde verboten und fiel im wahrsten Sinne des Wortes ins Wasser.

Perspektiven nach der Wahl

Mit Sicherheit können wir nach Ablauf der ersten Monate nach der «Wahl» Bouteflikas zum algerischen Präsidenten davon ausgehen, dass die dunkle Zeit der Massaker (1993 bis 98) noch nicht endgültig vorbei ist. Wohlweislich zeichnet sich aber trotz aller Ungereimtheiten einer recht undemokratischen Machtergreifung das neue Regime durch eine Versöhnungspolitik aus, die allerdings noch keine gravierenden Erfolge vorweisen kann. Folgende Ereignisse sind seit der Machtübernahme vom 15. April 1999 aus europäischer Sicht von Bedeutung:

– Die Massaker in den von Berbern bewohnten Landesteilen haben während und nach der Wahl zugenommen.
– Kommunale Sicherheitskräfte – eine Art Dorfschutz – konnten wie bisher wenig gegen die Terrorgruppen unternehmen, die noch immer ganze Landstriche bedrohen.
– Der Terror in den Städten und Industriezentren hat merklich nachgelassen.
– Am 6. Juni 1999 erklärte der militärische Flügel der «Islamischen Heilsfront»/FIS, die «Islamische Salvation Army»/AIS, dass sie den bewaffneten Kampf beenden werde und sich der Staatsgewalt unterzuordnen gedenke.
– In einem Interview in der letzten Juniwoche, das der algerische Präsident am Rande des Wirtschaftsforums in Crans-Montana dem Sender «France-3» gab, drohte Bouteflika zum wiederholten Mal nach seinem politischen Sieg, dass «wenn (ihm) das Volk nicht folgt, dann werde er nach Hause gehen.» Folgen soll ihm das Volk in der Amnestiefrage, das heisst in seinem Referendum, nach dem er seit dem 5. Juli 1999 (dem algerischen Unabhängigkeitstag) Tausende islamischer Fundamentalisten begnadigt hatte.

In letzter Konsequenz geht es dem neuen Präsidenten mit dieser generellen Amnestie darum, den militanten Moslems, die die Waffen niederzulegen gedenken, eine Rückkehr in geordnete staatliche Machtstrukturen zu ermöglichen und damit den Bürgerkrieg zu beenden. ■